

„Anstupsen“ für ein sensibles Thema

Von Dietrich Harhues

SENDEN. Es geht um ein „sehr sensibles Thema“, wie Holger Bothur, Fachbereichsleiter und Beigeordneter der Gemeinde Senden, einräumte. Er erläuterte am Dienstagabend vor den Mitgliedern des Schulausschusses des Gemeinderates, warum und wie die Marienschule von der katholischen Bekenntnisschule in eine Gemeinschaftsgrundschule umgewandelt werden

»Es geht nicht pro oder contra Religion.«

Holger Bothur



Im Schulausschuss stellte Beigeordneter Holger Bothur den möglichen Umwandlungs-Prozess vor.

Foto: di

Position der Pfarre

Die Pfarrgemeinde hat schon „Wünsche“ formuliert, die eine mögliche Entkonfessionalisierung betreffen: Schulbezirke vor der Umwandlung bekannt machen und so einteilen, dass einer soziale Spaltung entgegen gewirkt wird; Profil- und Imagestärkung der Marienschule („keine Schule zweiter Wahl“); Erhalt der Maria im Schulnamen; rechtliche Absicherung der bisherigen Kooperation zwischen Pfarrgemeinde und Schule.

soll. Von den Mandatsträgern erwartete Bothur keine inhaltliche Entscheidung – denn die obliegt den Eltern –, sondern einen „Anstupsen“. Diesen bekam die Gemeinde als Schulträger, denn die Ausschussmitglieder votierten einstimmig bei einer Enthaltung dafür, den langwierigen Umwidmungsprozess einzuleiten.

Er könnte frühestens zum Schuljahr 2025/26 umgesetzt werden, lautet der Fahrplan. Daran zeigt sich, dass die Umwandlung einen erheblichen Vorlauf braucht. Die Verwaltung wurde mit der Entscheidung im Schulausschuss lediglich „beauftragt“, diesen Prozess „vorzustrukturieren“ und „mit den Schulleitungen und den Kirchen abzustimmen und einer politischen Beratung zugänglich zu machen“, wie es in der Vorlage

heißt.

Der Grund für dieses Verfahren hat mit der inhaltlichen Orientierung der Marienschule nichts zu tun. Vielmehr dient die Umwandlung gleichsam nur als Mittel zum Zweck. Und der besteht darin, eine kapazitätsgerechte Verteilung der Kinder in Senden auf die beiden Grundschulen in dem Ortsteil besser steuern zu können. Schon jetzt erfordert das Anmeldeverfahren „einen gewissen Regulierungsbedarf“, so Bothur. „Das ist zurzeit eine sehr herausfordernde Situation für Schulen und Eltern“, fasste er die aktuelle Lage zusammen. Der Steuerungsbedarf werde „noch zunehmen“, sagte der Leiter des Fachbereichs Zentrale Dienste, Bildung, Freizeit im Hinblick auf steigende Schülerzahlen, von denen

zahlreiche aus dem großen Baugebiet Huxburg stammen werden. Die Umwandlung der Marienschule zur Gemeinschaftsgrundschule schafft die Voraussetzung dafür, Schuleinzugsbereiche ausweisen zu können, weil sich die Grundschulen in ihrer Schulform dann nicht mehr unterscheiden.

Für Eltern und Schulen könnte dadurch beim Anmeldeverfahren „größtmögliche Transparenz und Ordnung“ erzielt werden, nannte Bothur die Vorzüge der Schuleinzugsbereiche, deren Bildung auch das von der Gemeinde für die Schulentwicklungsplanung beauftragte Planungsbüro „biregio“ angeregt habe. „Es geht nicht pro oder contra Religion“, unterstrich der Beigeordnete während der Sitzung. Auch in Gemein-

schaftsschulen werde „auf der Grundlage christlicher Bildung- und Kulturwerte unterrichtet und erzogen“. Ein Unterschied bestehe allenfalls in der Intensität der religiösen Inhalte.

Dass sich im Schulleben praktisch nichts ändere, war für die Politiker eine wichtige Prämisse für ihre Zustimmung zur möglichen Umwandlung, über die die Eltern abstimmen müssen: „Was innen gelebt wird, zählt, und nicht das, was außen draufsteht“, sagte Gaby Vogdt für die CDU-Fraktion. Wie die anderen Fraktionen pflichtete sie der Einschätzung der Verwaltung bei: „Wir brauchen ein Steuerungsinstrument.“ Auf die weitere Orientierung an christlichen Werten legt auch die SPD „allergrößten Wert“, erklärte Karl-Heinz

van den Wyenbergh. Christliche Werte zu vermitteln, bezeichnete Alois Brinkkötter (Grüne) als zeitgemäß, das Bekenntnis zu einer Konfession durch die Wahl der katholischen Grundschule habe hingegen inzwischen abgenommen. Sven Logermann gab die Zustimmung der UWG zu Protokoll und äußerte die Erwartung, dass die Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche auch in einer Gemeinschaftsgrundschule fortgesetzt werden könne. Andreas Becker (FDP) begründete seine Enthaltung damit, dass er grundsätzliche Fragen wie die Gestaltung der Mensa-Frage und die Raumkonzepte vorrangiger ansieht als die Frage der Schulform einer Grundschule. Im fehle die Entscheidungsreife bei diesem Thema.